

## Ein Anfang der Konkordanz

Josef Zemp – der erste Konservative im Bundesrat (1881–1908)

Der 100. Todestag Josef Zemps, des ersten Katholik-Konservativen im Bundesrat, ist Anlass zur Rückblicken auf die Integration unterschiedlicher Kräfte in und durch die Landesregierung. Zemp bewerkstelligte die einst von ihm bekämpfte Verstaatlichung der Eisenbahnen.

C. W. Zwei Tage vor einer Bundesratsersatzwahl, bei der es vor allem um die Auslegung der «Konkordanz» geht, sind es 100 Jahre seit dem Tod von Josef Zemp her, dessen Wahl in die Landesregierung 1891 ein grosser Schritt der Versöhnung mit den einstigen Gegnern des liberalen Bundesstaats gewesen war. Ein zum Gedenken herausgegebenes Buch über Zemp, das Beiträge über die Geschichte wie über die Gegenwart enthält, hat dadurch zusätzlich aktuelle Bezüge erhalten und regt zu manchen Vergleichen an.

### Von der Opposition zur Annäherung

Josef Zemp, 1834 in Entlebuch geboren, erlebte zwar den Sonderbundskrieg, doch anders als die damals engagierte Generation begann er seine Tätigkeit im bereits bestehenden und sich entwickelnden Bundesstaat. Er studierte Recht in München und Heidelberg (die «katholische» Universität Freiburg existierte noch nicht), präsi- dierte 1857/58 den (katholischen) Studentenver-

ein und war von 1863 an bis zu seiner Wahl in den Bundesrat Mitglied des Luzerner Grossen Rats. 1871 in den Ständerat und 1872 in den Nationalrat gewählt, war er die treibende Kraft für die Bildung der Konservativen Union. Der etwas paradoxe Versuch, die antizentralistischen Kantonalparteien national zu organisieren, scheiterte.

Einen Durchbruch zur Mitwirkung der Konservativen auf eidgenössischer Ebene bedeutete die 1884 überwiesene Motion Zemp-Keel-Pedrazzini. Sie forderte zwar eine Revision wichtiger Verfassungsartikel (Ausbau der Volksrechte, allenfalls Proporzwahl, bestimmte Kompetenzen für die Kantone, Schutz konfessioneller Schulen), markierte aber die Abkehr von der systematischen Opposition, die in den «Referendumsstürmen» der zehn Jahre seit Einführung der Volksabstimmungen fast einem Dutzend Vorlagen zum Verhängnis geworden war.

Die radikal-liberale Mehrheit, die den Bundesrat monopolisierte, tat ihrerseits Schritte aus der Blockade. 1887 wurde Zemp als erster Konservativer Nationalratspräsident. Als Emil Welti nach Ablehnung seiner Bahnvorlage am 6. Dezember 1891 sofort zurücktrat, fing der Freisinn «die Regierungskrise dadurch auf, dass er der katholisch-konservativen Opposition einen Sitz im Bundesrat anbot» (Urs Altermatt). Am 17. Dezember wurde Zemp auf Vorschlag seiner Fraktion mit 129 von 183 Stimmen gewählt. In der

schwierigen Situation hatte er gleich das Post- und Eisenbahndepartement zu übernehmen.

### Nationalisierung der Bahnen

Der Bund hatte Bau und Betrieb von Eisenbahnen 1852 privaten, kantonal konzessionierten Unternehmen überlassen und verstärkte erst später schrittweise seinen Einfluss. So kam es, wie Christoph Maria Merki ausführt, zu einer Konkurrenz mehrerer, oft nicht nachhaltig operierender Gesellschaften, zur zunehmenden Bedeutung ausländischer Investoren und besonders nach Konjunkturreinbrüchen zu finanziellen Problemen. Als Anwalt hatte Josef Zemp mit entsprechenden Rechtsstreitigkeiten zu tun und vertrat zum Beispiel Obligationäre, die sich gegen die Verpfändung des Nordostbahn-Netzes wehrten. Einem Rückkauf der Bahnen durch den Bund widersetzte sich der Politiker – und Verwaltungsrat der Centralbahn – indessen entschieden, «weil die Eisenbahnzentralisation der kürzeste Weg zum politischen Einheitsstaate ist» (1883).

Das Volk sagte zwar 1891 Nein zum Ankauf von Centralbahn-Aktien. Doch der Unmut über die «Eisenbahnbarone», die Verhältnisse im Ausland, militärische und praktische Argumente für eine Staatsbahn fielen immer mehr ins Gewicht. Im Bundesrat änderte Zemp allmählich seine Meinung. Er legte ein Gesetz vor, das den Erwerb wichtiger Bahnen vorsah, und gewann dafür 1898



Der erste katholisch-konservative Bundesrat, Josef Zemp. Ölbild von Ludwig Bucher, 1929.

eine klare Volksmehrheit. In den folgenden Jahren wurden mehrere Verstaatlichungen realisiert, 1902 entstanden die SBB. Zemp erwarb sich auch Verdienste um die PT und nicht zuletzt um den Wechsel von der 30 Minuten zurückliegenden Berner zur mitteleuropäischen Zeit. Nach fast 17 Jahren trat er im Sommer 1908 zurück und starb wenige Monate später, am 8. Dezember.

### Eine Person des Ausgleichs

Für Zemps Amtsverständnis ist bezeichnend, dass er den Sitzungen seiner Fraktion sowie dem Katholikentag von 1903 fernblieb. Sein Einlenken auf eine gewisse Modernisierung hat wohl auch mit den Zeitumständen zu tun. Übrigens können Politiker längst etablierter Parteien im Amt ebenfalls in einen Gegensatz zu früheren Positionen geraten. Zemp war als Mann des Ausgleichs auch persönlich ein «Wegbereiter der helvetischen Konkordanz» (Altermatt). Zu deren Kontext gehörte schon damals die direkte Demokratie. Historische Muster müssen aber nicht für die (Re-)Integration jeder Partei strikt massgebend sein.

Josef Zemp. Ein Bundesrat schafft den Ausgleich. Sein Leben und Wirken im Dialog mit der Gegenwart. Redaktion: Alois Hartmann, Hans Moos. Druckerei Schüpflheim. 187 S., Fr. 32.50.



Der Bundesrat 1901: Ernst Brenner, Eduard Müller, Robert Comtesse, Josef Zemp (Post und Bahn), Marc-Emile Ruchet, Adolf Deucher und Walter Hauser.

## Für Arbeitsplätze braucht die Schweiz offene Märkte

Von Fulvio Pelli, Nationalrat, Präsident der FDP

Die Schweiz soll der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht mit hektischen Konjunkturprogrammen begegnen, sondern mit einer aktiven multilateralen und bilateralen Aussenwirtschaftspolitik für offene Märkte sorgen. Diese Forderung erhebt Parteipräsident Fulvio Pelli auch mit Blick auf die Debatte zum Hilfspaket für die UBS am Montag im Nationalrat.

Überall werden Rezepte gegen die Wirtschaftskrise diskutiert. Im Vordergrund stehen Konjunkturprogramme. Vergessen wird dabei ein gerade für die Schweiz zentraler Bereich – die Notwendigkeit offener Märkte und einer aktiven Aussenwirtschaftspolitik.

In den USA fielen im November 530 000 Stellen der Rezession zum Opfer, und auch in Europa, Japan und China stehen die Zeichen auf Sturm. Die Welt steht vor einer riesigen Herausforderung: Wie reagieren wir auf die schlimmste Krise der letzten achtzig Jahre?

### Liberaler Werte unter Generalverdacht

Diese Frage wird am Montag im Parlament diskutiert, und sie wird uns noch für Jahre beschäftigen. Dabei geht es nicht nur um konkrete Massnahmen, sondern auch um unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Zwanzig Jahre nach dem Niedergang des Sozialismus hat der Leitbegriff Gleichheit wieder Hochkonjunktur. Freiheit und Wohlstand und damit die liberalen Werte aber stehen wie die Globalisierung unter Generalverdacht. Morgenluft wittern Protektionisten und Nationalisten, die Schreckgespenster der Vergangenheit.

Doch die Geschichte wiederholt sich nicht; 2009 ist nicht 1929. Anders als damals haben die Notenbanken rasch an der Zinsschraube gedreht. Mit den Sozialwerken haben alle Länder automatische Stabilisatoren. Hart getroffene Länder haben zudem massive Konjunkturprogramme beschlossen. Verhältnismässig gut positioniert ist die Schweiz: Die Unternehmen sind generell solide und die Staatsverschuldung moderat. Deshalb braucht es aus Sicht der FDP zurzeit bei uns keine Konjunkturprogramme.

### Auferstehung der Protektionisten

Dennoch gibt es Parallelen zu 1929: Offene Märkte könnten erneut Opfer der Krise werden.

Auch damals erlebten die USA einen Konsumentenstreik und hohe Arbeitslosigkeit. Die Folge war Protektionismus gegenüber den aufstrebenden Ländern Japan und Deutschland. Der US-Kongress erhöhte die Zölle auf 20 000 Gütern auf ein Rekordniveau. Der zuvor mit protektionistischen Slogans gewählte Präsident Hoover unterschrieb das Gesetz. Andere Staaten reagierten mit Vergeltungsmassnahmen, und die Welt stürzte in einen Handelskrieg, der die Rezession zur Depression vertiefte und bis zur Explosion der Staatsausgaben im Zweiten Weltkrieg verlängerte. Der Welthandel brach um 66 Prozent ein, Verlierer waren alle.

Wie damals haben auch heute die Bürger Angst. Sie sind anfällig für Protektionisten und Nationalisten von links und rechts. Protektionismus war im US-Wahlkampf ebenso präsent wie bei uns im Abstimmungskampf um die bilateralen Verträge oder in der Diskussion um ein WTO-Abkommen. Zudem fehlt es der Welt an Führung. Die Führungsschwäche Grossbritanniens nach dem Ersten Weltkrieg erleichterte den Handelskrieg von 1929. Anders nach dem Zweiten Weltkrieg, als ein unangefochtenes Amerika die heutige WTO aufbaute. Heute hingegen sind die USA geschwächt. Wie 1929, als Zölle gegen Importe aus Deutschland und Japan eigene Arbeitsplätze schützen sollten, dienen heute Chinas schwache Währung, schlechte Arbeitsbedingungen oder Menschenrechtsverletzungen und die Forderung nach «fairen» Bedingungen als Vorwand für mögliche Handelssanktionen.

### Aktive Aussenwirtschaftspolitik nötig

Die Schweiz hat seit Jahrzehnten von offenen Märkten profitiert. Dank einer liberalen Wirtschaftspolitik verdingen wir heute nicht mehr Tessiner Knaben als Kaminfeger nach Mailand, sondern exportieren Uhren, Maschinen und Medikamente und können uns so ein sehr gutes Gesundheitswesen, Umweltschutz und die am meisten subventionierte Landwirtschaft leisten. Als Kleinstaat haben wir aber beschränkt internationalen Einfluss. Fehler können wir uns keine erlauben. Statt Konjunkturprogramme fordern FDP und Liberale deshalb eine aktive Aussenwirtschaftspolitik mit drei Elementen:

1. Am 8. Februar braucht es an der Urne eine klare Bestätigung des bilateralen Wegs. Ein Nein ist keine Option. Die bilateralen Verträge garantieren den Zugang zur EU als wichtigs-

tem Absatzmarkt. Hier verdienen wir jeden dritten Franken. Diese Arbeitsplätze dürfen wir nicht aufs Spiel setzen.

2. Die Dauha-Runde der WTO ist rasch abzuschliessen. Zurzeit laufen solche Gespräche in Genf. Diese hat der Bundesrat engagiert zu unterstützen. Ziel ist ein gutes Resultat für Industrie und Dienstleistungen, das heisst für 99 Prozent der Wirtschaft. Der Landwirtschaft soll in einer Übergangsphase grosszügig bei der Strukturangepassung geholfen werden, damit sie dank Schweizer Qualität ihre Nische findet. Budgetrückstellungen des Bundesrats sichern ihr eine Finanzsicherheit, von der andere Sektoren nur träumen können.

3. Auf die multilaterale Schiene allein können wir uns aber nicht verlassen. Der Bundesrat soll deshalb der Regierung Obama auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen beantragen, mit der EU das Agrarabkommen verhandeln und weltweit ein möglichst enges Netz von Handelsverträgen knüpfen. Dabei sind die Beziehungen zu den neuen Märkten Asiens und mit China und Indien besonders wichtig. Belehrungen der Schweiz brauchen diese Milliardenationen keine. Als von Wirtschaftsblocken unabhängiger Kleinstaat brauchen wir aber gerade in Krisenzeiten gute Beziehungen zu allen Wirtschaftspartnern. Dass die wirtschaftliche Integration der vergangenen Jahre in China die Menschenrechte und den Mittelstand stärkte, bestätigt unseren Pfad.

In den kommenden Jahren werden die Karten im weltweiten Standortwettbewerb neu gemischt. FDP und Liberale haben hier ihre Forderungen präsentiert, um Arbeitsplätze zu sichern. Neben internen Reformen ist der Zugang zu fremden Märkten zentral. Doch Welthandel ist wie ein Fahrrad, das bei Stillstand umfällt. Die Geschichte zeigt: Stillstand und ein Wiederholen der Fehler der 1930er Jahre müssen verhindert werden. Ein rascher und guter Abschluss der WTO-Verhandlungen und ein klares Ja zu den Bilateralen haben hier Signalwirkung. Nicht nur, um unsere Arbeitsplätze zu sichern. Vielmehr hat gerade das 20. Jahrhundert Montesquieu recht gegeben: Friede ist die natürliche Folge von Handel. Offene Märkte werden wir deshalb gegen die Protektionisten von links und rechts ebenso verteidigen wie unsere liberalen Werte – im Interesse der Arbeitsplätze und des Erfolgsmodells Schweiz.

## Ein Blick zurück auf die Bankenkrise von 1933

met. In der zweiten Sessionswoche behandeln National- und Ständerat das Hilfspaket zugunsten der UBS. Ein Blick zurück auf die dreissiger Jahre ist in diesem Zusammenhang von einigem Interesse. Im Herbst 1933 ging die Schweizerische Volksbank (SVB) den Bundesrat und die Nationalbank um Hilfe an. Das Institut war aufgrund der internationalen Wirtschaftskrise und des Zusammenbruchs des Währungssystems in eine schwere Notlage geraten. 1933 schätzte die Bankleitung den Abschreibungsbedarf auf 119 Millionen Franken. Im Dezember 1933 verabschiedete das Parlament einen Sanierungsplan, der vorsah, dass sich der Bund mit einem Stammkapital von 100 Millionen Franken an der SVB beteiligen und dafür eine angemessene Vertretung im Verwaltungsrat erhalten würde.

Das Schweizerische Bundesarchiv schaltet am Montag zur Erinnerung an die damalige Rettungsaktion Quellen zur Bewältigung der Bankenkrise in den dreissiger Jahren auf seine Website auf. Im Wesentlichen geht es um Protokolle der Sitzungen des Bundesrates, den Bundesbeschluss vom 8. Dezember 1933 und die Berichtserstattung der SVB-Generaldirektion zu Sanierung und Reorganisation der Bank.

<http://www.bar.admin.ch/aktuell>

## Mehr Durchfallerkrankungen

Erreger Campylobacter breitet sich aus

Bern, 7. Dez. (sda) Untersuchungen an Schweizer Geflügel haben eine Zunahme von mit dem Bakterium Campylobacter befallenen Hühnern von etwa 40 Prozent im Mai auf bis zu 90 Prozent im August ergeben, wie das Bundesamt für Veterinärwesen (BVet) einen entsprechenden Bericht der «Sonntags-Zeitung» bestätigt hat. Die Schwankung könnte laut dem BVet saisonal bedingt sein; im September seien die Infektionen bereits zurückgegangen. Die Hauptursache des Befalls sei weiter unklar. Auch Menschen können sich mit Campylobacter anstecken. Die Infektion kann über 2 bis 3 Tage heftigen Durchfall und auch Krämpfe und Fieber auslösen. Bis Ende November erkrankten in der Schweiz rund 7000 Personen, 1300 mehr als im vergangenen Jahr. Das BVet ermahnt daher regelmässig, Geflügelfleisch immer gut durchzugaren; gefährlich sei rohes Fleisch. Die meisten Patienten steckten sich aber im Ausland an.